



## **Jahresbericht Südafrika 2015**

Auch im Jahre 2015 wurden die Verantwortlichen für den brutalen Polizeieinsatz im Bergwerk von Marikana im August 2012 nicht rechtlich belangt. Die Minenarbeiter hatten damals wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne in der von dem privaten Unternehmen Lonmin betriebenen Mine gestreikt. Die Polizei stürmte die Mine und schoss auf die Arbeiter, 34 Personen wurden getötet und über 70 verletzt. In den folgenden Tagen erlagen weitere 10 Personen ihren Verletzungen. Eine vom südafrikanischen Präsidenten eingesetzte Untersuchungskommission hatte im Oktober 2012 ihren Dienst aufgenommen. Nach fast drei Jahren wurde am 25. August 2015 deren Abschlussbericht veröffentlicht. In dem Bericht heißt es, dass die Polizisten die Demonstranten zunächst nur habe entwaffnen wollen, dann aber die Kontrolle verloren hätte. Strafrechtliche Ermittlungen wurden dringend empfohlen. Am 14. Oktober 2015 wurde die nationale Polizeichefin Riah Phiyega für die Dauer der inzwischen angelaufenen Ermittlungen vom Dienst suspendiert.

Seit Beginn des Jahres 2015 kam es in Südafrika zu fremdenfeindlichen Übergriffen auf Flüchtlinge und Migranten. Die meisten Attacken wurden von privaten Personen oder Gruppen ausgeführt, doch auch staatliche Kräfte waren an Übergriffen beteiligt. Im Mai 2015 wurde in Johannesburg eine Polizeirazzia zum Auffinden von illegalen Waffen und Drogen durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden über 4000 Flüchtlinge und Migranten festgenommen und inhaftiert. In den meisten der Fällen gab es jedoch keinerlei Hinweise auf ein Verbrechen. Nichtsdestotrotz wurde in vielen Fällen eine Deportation in das Herkunftsland angeordnet. Rechtlicher Beistand wurde den Inhaftierten nicht gewährt.

Vom 13. bis zum 15. Juni 2015 fand in Johannesburg ein Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) statt, zu dem auch der sudanesischer Präsident Omar Al-Bashir anreiste. Gegen ihn ist seit 2009 ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes anhängig. Ihm wird vorgeworfen, im Rahmen des seit 2003 andauernden Darfur-Konflikts Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit veranlasst zu haben. Insbesondere wird ihm vorgeworfen, dass seine staatlichen Kräfte in großem Umfang Zivilisten getötet, verstümmelt und gefoltert haben. Insgesamt sind seit Beginn des Konflikts über 400.000 Menschen ums Leben gekommen. Da Südafrika Vertragspartei des Internationalen Strafgerichtshofes ist, waren die südafrikanischen Behörden verpflichtet, Omar Al-Bashir festzunehmen und nach Den Haag auszuliefern. Trotz dieser vertraglichen Verpflichtung und einer entsprechenden einstweiligen Anordnung des North Gauteng High Court blieben die Behörden untätig und Al-Bashir konnte unbehelligt das Land verlassen.